



OAG • Schückingstr. 14 • 25813 Husum

An das
Ministerium für Landwirtschaft,
Umwelt und ländliche Räume
Postfach 50 09

24062 Kiel

Absender dieses Schreibens:

Dr. Barbara Ganter
Schückingstr. 14
25813 Husum

barbara.ganter@t-online.de

Tel. 04841/ 63646

12.12.2005

Stellungnahme zu dem Entwurf einer Landesverordnung für Genehmigungen nach § 43 Abs. 8 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) zur Abwendung von Schäden sowie Gefährdungen anderer besonders geschützter Tierarten durch Kormorane (*Phalacrocorax carbo sinensis*).

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach unserer Auffassung verstößt der Verordnungsentwurf in der vorliegenden Form gegen mehrere Artikel der Vogelschutzrichtlinie (Richtlinie 79/409/EWG; VSchRL) sowie gegen die §§ 42 und 43 BNatSchG, in denen die sich aus der Richtlinie ergebenden Vorschriften für besonders geschützte Arten sowie die Ausnahmeregelungen in nationales Recht umgesetzt sind.

Das möchten wir im Folgenden gern näher erläutern:

1. Fehlende Rechtsgrundlage für die Anwendung des Artikels 9 der VSchRL bzw. § 43 BNatSchG

Ausnahmen von den Schutzvorschriften für wild lebende Vogelarten gem. Artikel 5 bis 8 VSchRL bzw. für besonders geschützte Tier- und Pflanzenarten gem. § 42 BNatSchG dürfen nur gewährt werden

- zur Abwendung erheblicher fischereiwirtschaftlicher Schäden, oder
- wenn es zum Schutz der heimischen Tierwelt notwendig ist und
- es keine andere zufrieden stellenden Lösungen gibt.

Wie Sie selbst in der Begründung zu dem Verordnungsentwurf schreiben, sind für schleswig-holsteinische Gewässer keine fischereiwirtschaftlichen Schäden belegt, sondern sie werden unterstellt, weil Kormorane sich von Fischen ernähren. Ebenso wenig ist eine Gefährdung anderer, besonders geschützter heimischer Tierarten durch Kormorane belegt, sondern sie sind in einzelnen Gewässerabschnitten theoretisch vorstellbar – wie Sie ebenfalls selbst schreiben. Der Nachweis, dass es keine anderen – nicht letalen - zufriedenstellenden Lösungen gibt, wird gar nicht erst verlangt.

Sie schreiben ferner, dass die in Schleswig-Holstein vorhandene Rechtsprechung zu beachten ist. Tatsächlich geschieht auch das nicht. So führt das OVG Schleswig in der Begründung zu seinem Urteil vom 22.7.1993 aus: *„Bei der Abwehr erheblicher Schäden im Sinne des § 43 Abs. 8 Satz 1 Nr.1 BNatSchG geht es nicht um den privaten Schaden, den ein betroffener Betriebsinhaber, Unternehmer usw. erleidet, sondern um den Schaden, den ein Wirtschaftszweig aus der Sicht der Allgemeinheit erleidet.*

Nur insoweit ist auch ein fischereiwirtschaftlicher Schaden relevant. Dies folgt aus der Gleichstellung der Schäden für Land- Forst- und Fischereiwirtschaft mit sonstigen gemeinwirtschaftlichen Schäden. Daraus ergibt sich, dass ein Schaden nur dann erheblich ist, wenn der Wirtschaftszweig als solcher fühlbar beeinträchtigt wird. Einzelbetriebliche Einkommenseinbußen rein privater Bedeutung rechtfertigen nach der Rechtsprechung und Literatur keine Ausnahmeregelung.“

Da weder eine Gefährdung anderer Arten nachgewiesen ist, noch ein fischereiwirtschaftlicher Schaden, geschweige denn ein gemeinwirtschaftlicher Schaden von erheblichen Ausmaßen wie vom OVG Schleswig definiert, gibt es keine Rechtsgrundlage für die Verordnung. Darüber hinaus fehlt die Forderung, dass vorrangig andere zufriedenstellende Lösungen anzuwenden sind und nachzuweisen ist, dass sie erfolglos waren. Damit ist die Verordnung rechtswidrig.

2. Verstoß gegen Artikel 3 VSchRL

Gem. Artikel 3 VSchRL treffen die Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen, um für die wild lebenden Vogelarten eine ausreichende Vielfalt und eine ausreichende Flächengröße der Lebensräume zu erhalten und wiederherzustellen.

Nach dem Verordnungsentwurf kann künftig die Wiederbesetzung bestehender und die Gründung neuer Kolonien landesweit verhindert werden mit Ausnahme nur von Naturschutzgebieten und des Nationalparks. Von den derzeit im ganzen schleswig-holsteinischen Binnenland bestehenden Kolonien liegt nur eine in einem Naturschutzgebiet. Ferner soll es möglich sein, an allen Gewässern Kormorane in unbegrenzter Anzahl abzuschießen, ebenfalls nur mit Ausnahme von Naturschutzgebieten, dem Nationalpark und kleinen Schutzgebieten gem Art. 4 VSchRL, aber ausdrücklich unter Einschluss der bedeutendsten Vogelschutzgebiete, die zugleich die Kriterien eines Feuchtgebiets internationaler Bedeutung gem. Ramsar-Konvention erfüllen wie etwa Schlei, Großer Plöner und Selenter See. Es darf bezweifelt werden, dass die wenigen Schutzgebiete ausreichend sind, um die Verpflichtungen nach Artikel 3 VSchRL zu erfüllen.

Ganz abgesehen davon verteilen sich die Kormorane natürlicherweise auch aus fischereiwirtschaftlicher Sicht besonders günstig, weil die weitaus meisten Vögel auf den großen Seen und an der Küste Nahrung suchen, wo sie sich überwiegend von fischereiwirtschaftlich unbedeutenden Fischen ernähren. Störende Eingriffe würden daher kontraproduktiv wirken. Auch kann Vergrämung nur unter der Voraussetzung funktionieren, dass große ungestörte Ausweichräume zur Verfügung stehen. Ansonsten werden die Vögel nur nach dem St. Florians Prinzip hin und her getrieben. Sollte es allerdings gelingen, z.B. die zahlreich auf dem Großen Plöner See fischenden Kormorane dort zu vertreiben, ist zu befürchten, dass viel mehr Vögel als bisher an den Fischteichen erscheinen, wo tatsächlich erhebliche Schäden entstehen können.

3. Verstoß gegen Artikel 4 VSchRL

Durch Eingriffe in die Brutkolonien und insbesondere durch den Abschuss von Kormoranen werden andere Wasservogelarten gestört. In den Schutzgebieten gem. Artikel 4 VSchRL sind dadurch die Erhaltungsziele gefährdet.

4. Verstoß gegen Artikel 5 und Artikel 7 VSchRL,

Koloniezerstörungen und Abschuss vom 1.8. bis 31.3. überschneiden sich mit den Brut- und Aufzuchtzeiten sowie mit der Zeit des Rückzugs zu den Brutplätzen. Die vorgesehenen ganzjährige Abschusserlaubnis von immaturren Vögeln an Teichwirtschaften ist besonders problematisch, weil sie leicht mit Altvögeln verwechselt werden können, die Junge zu versorgen haben.

Damit verstößt der Verordnungsentwurf gegen Artikel 5d VSchRL. Da der Kormoran nicht im Anhang II VSchRL aufgeführt ist (Arten, für welche die Mitgliedstaaten eine Jagdzeit festlegen können), mag Art. 7 Abs. 4 VSchRL formal nicht einschlägig sein. Gleichwohl müsste auch den Forderungen dieses Artikels Rechnung getragen werden, da nicht einzusehen ist, dass jagdbare Arten einen strengeren Schutz gem. Art. 7 VSchRL genießen sollen als solche, deren Abschuss aufgrund von Ausnahmege-nehmigungen nach dem Naturschutzrecht erfolgen kann.

Aus den genannten Gründen fordert die Ornithologische Arbeitsgemeinschaft für Schleswig-Holstein und Hamburg e.V., den vorliegenden Verordnungsentwurf zurückzuziehen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Barbara Ganter